

29.07.2022

Offener Brief zum Notfallplan Energieversorgung der Wirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wirtschaft und Gesellschaft steuern auf einen Krisenwinter zu. Die Sorge bei den Unternehmen vor fehlendem Gas, Strom und Öl ist enorm. Energie wird zunehmend unbezahlbar. Der Wirtschaft drohen Rationierungen mit unabsehbaren Folgen.

Die explodierenden Energiepreise führen zu nicht mehr beherrschbaren Konsequenzen. Unternehmen können die hohen Energiekosten – bei Neuabschlüssen häufig eine Vervielfachung - durch bestehende Lieferverträge und den europäischen Wettbewerb nur zum Teil an ihre Kunden weitergeben. Zudem werden die konkreten Energiepreise sehr stark durch die unterschiedlichen Laufzeiten und den Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse bestimmt. Zwingend notwendige Entlastungen müssen hierbei in der gesamten Breite der Wirtschaft schnell bereitstehen und vor allem auch die weiter zu erwartenden Preissteigerungen im Herbst und Winter abfedern.

Um eine umfassende Energiemangellage mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu verhindern, müssen jetzt alle Hebel in Gang gesetzt werden, ohne Denkverbote. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichermöglichkeiten und neuen Technologien unterstützen wir. Jedoch brauchen wir umgehend Alternativen zur Versorgungssicherheit. Dazu gehören sowohl die befristete **Weiternutzung sowie Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken** als auch **die Intensivierung der eigenen Gasförderung** in Deutschland.

Fakt ist, Gas wird kurz- und mittelfristig für Großteile der Wirtschaft nicht zu ersetzen sein. Auch die Versorgungssicherheit mit elektrischem Strom war bereits vor dem Ukraine-Krieg schon mehrfach infrage gestellt. In dieser Hinsicht begrüßen wir die u.a. vom sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer angestoßene Debatte, trotz des Krieges nicht die aktuellen energiepolitischen Realitäten zu ignorieren. Eine kurzfristige und alternativlose Komplettabkopplung von russischen Energieträgern ist ohne gravierende wirtschaftliche und soziale Verwerfungen in Deutschland und Europa nicht möglich.

Die Industrie- und Handelskammer Chemnitz und die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V. fordern deshalb:

- Sicherstellung einer plan- und bezahlbaren Versorgungssicherheit in ganz Deutschland
- Reduzierung der Gasverstromung durch sofortige Inbetriebnahme der Kohlekraftwerke
- Überprüfung der Preisfindungsmechanismen am Strommarkt, in dem die teuren Gaskraftwerke den Strompreis bestimmen
- Schaffung finanzieller Anreize für freiwillige Reduzierung des Gasverbrauchs von Großverbrauchern
- Reduzierung von Energiepreisunterschieden zum europäischen Ausland durch die temporäre Abschaffung bzw. Reduzierung von Abgaben und Steuern auf Energie (CO₂-Steuer, Stromsteuer, Umsatzsteuer)

- schnelle Bereitstellung von Liquiditätshilfen und Zuschüssen für die von Energiepreissteigerungen stark betroffenen Unternehmen
- Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen durch Sonderabschreibungen und Fördermaßnahmen
- Vereinfachung und zeitliche Straffung bei der Genehmigung von Anlagen zur Energieträgersubstitution
- Anpassungen der vorgeschriebenen Temperaturen in der Arbeitsstättenverordnung
- aktive Kommunikation von und mit regionalen Netzbetreibern sowie frühestmögliche Information der Bundesnetzagentur im Falle von Rationierungen (Umfang, Vorlauf, Dauer)
- Haftungsfreistellung von Unternehmen im Falle von Rationierungen, bezogen auf Vertragsstrafen und Lieferverpflichtungen, etc.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die drohenden Engpässe bzw. Ausfälle in der Energieversorgung sind ernst und gefährden unsere Wirtschaft dramatisch. Wir bitten Sie alle fraktionsübergreifend dringlichst alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um Schaden von der deutschen und damit auch von der sächsischen Wirtschaft abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dieter Pfortner
Präsident
IHK Chemnitz

Dr. Jörg Brückner
Präsident
Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V.